## Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur



Die Ministerin

Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur Mecklenburg-Vorpommern D-19048 Schwerin

An alle Lehrerinnen und Lehrer des Landes Mecklenburg-Vorpommern

Schwerin, 17.10.2018

## Bleiben Sie kritisch

Liebe Lehrerinnen und Lehrer,

Sie sehen sich gegenwärtig mit dem in die Öffentlichkeit getragenen Vorwurf konfrontiert, unsere Schulen würden das Neutralitätsgebot missachten. Mit einer solchen Vorhaltung gehen diejenigen, die sie lancieren, eindeutig zu weit. Deshalb sage ich: Jetzt ist Schluss!

Ich wende mich mit diesem Brief an Sie: zum einen, um Ihnen meine Sicht auf die derzeitige Diskussion deutlich zu machen; und zum anderen, um Ihnen, soweit das eben möglich ist, Handlungssicherheit zu geben.

Es geht dabei um die grundsätzliche Frage, ob und inwieweit aktuelle politische Debatten Thema im Unterricht sein dürfen.

Zuallererst deshalb dies: Schule ist nicht neutral – es gibt keine Neutralität gegenüber den Werten des Grundgesetzes und der Landesverfassung. Keine.

Sie, die Lehrkräfte, dürfen und sollen aktiv für die Werte des Grundgesetzes und die der Bildungs- und Erziehungsziele des Schulgesetzes eintreten.

Es ist absurd, wenn sich nun einige Politiktreibende auf ebendiese Werte – insbesondere die Meinungsfreiheit – berufen, um andere und ganz konkret Sie, mundtot zu machen: Erst Tabus zu brechen, Sprache und Umgang zu verrohen, die Gesellschaft zu spalten und dann die kritische Auseinandersetzung damit zu attackieren, zeugt von mangelndem Anstand und Dreistigkeit.

Wer die Schmerzgrenzen der Meinungsfreiheit regelmäßig ausreizt, um sich dann hinter dem missinterpretierten Neutralitätsgebot zu verstecken, ist schlichtweg feige.

Ich möchte dazu eines klar sagen: Ganz gleich, auf welcher Ebene, ob lokal, im Land, im Bund oder darüber hinaus; die grundsätzlichen Werte und/oder Mechanismen des Grundgesetzes oder die Bildungs- und Erziehungsziele des Schulgesetzes betreffend; ganz gleich, ob es um Menschenrechte oder Grundsätze demokratischer Partizipation geht: Selbstverständlich können Sie diese Themen ohne Angst vor Sanktionen an Ihre Schülerinnen und Schüler herantragen.

Dazu gehört es, in der Öffentlichkeit breit diskutierte Äußerungen einzelner Menschen oder ganzer Gruppierungen, die beispielsweise volksverhetzende Formulierungen, politisch oder religiös motivierte Hetze, Aufrufe zur Gewalt oder bewusste Falschmeldungen beinhalten, unter Beachtung der Prinzipien des Beutelsbacher Konsenses kritisch im Unterricht zu behandeln.

Das gilt im Sinne des Neutralitätsgebotes für alle Fälle, ganz gleich, welcher politischen Richtung. Das ist sowohl die gemeinsame Haltung der Kultusministerkonferenz als auch unsere hier in MV.

Wer dieses durchgängige Prinzip als einseitig kritisiert, sollte sich eher fragen, warum er oder sie so oft Thema ist.

Ihre Leitplanken sind die: Keine Indoktrination, keine Einseitigkeit und die Orientierung an den Schülerinnen und Schülern.

Ziel ist es, den Kindern und Jugendlichen ein Forum zu gesellschaftlicher Partizipation und kritisch-fundierter Meinungsbildung zu eröffnen. Dies steht in Ihrem ureigenen pädagogischen Wirkungskreis. Ich vertraue Ihnen da voll und ganz.

Ich bin entschieden gegen Internetportale, in denen Schülerinnen und Schüler bzw. deren Eltern Lehrkräfte anschwärzen sollen. Sollten Sie sich einer solchen Situation gegenübersehen, bitte ich Sie, sich an das Bildungsministerium zu wenden.

Vielen Dank für Ihren täglichen Einsatz, und dass Sie sich die Zeit genommen haben, diese Zeilen zu lesen.

Mit freundlichen Grüßen

Birgit Hesse